

A-01neu Recyclingpapier an Staatlichen Schulen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Wir, die Grüne Jugend Brandenburg, fordern eine konsequente Verwendung von aus
2 100% Altpapier hergestelltem Papier an allen staatlichen Schulen in Brandenburg!

3 Weltweit steigt der Papierverbrauch weiter an und in Deutschland stagniert er
4 auf konstant hohem Niveau. Jährlich wird tonnenweise oftmals importiertes und im
5 schlimmsten Fall aus schützenswertem Regenwald bestehendes Papier in den
6 öffentlichen Einrichtungen Brandenburgs wie Schulen genutzt.

7 Dabei bedeutet Papier aus Sekundärfasern nicht nur deutlich geringeren
8 Prozesswasser-, sowie Energiebedarf, geringeres Abfallaufkommen und eine
9 Schonung des weltweiten Waldbestandes, sondern auch kürzere Transportwege, da
10 das Papier komplett in Deutschland und Brandenburg hergestellt werden kann und
11 wird. Das fördert die heimische Wirtschaft und entlastet die bisher
12 ausgebeuteten Länder.

13 Als GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordern wir eine konsequente Verwendung von aus
14 100% Altpapier hergestelltem Papier an allen staatlichen Schulen in Brandenburg!
15 Denn Schule ist prägend. In der Schule verbringen Kinder und Jugendliche fast so
16 viel Zeit wie zu Hause. Neuerungen werden zu Gewohnheiten für das ganze Leben.

17 Gleichzeitig möchten wir die Lehrenden dazu auffordern, die Schüler*innen auf
18 den Gebrauch des Altpapiers hinzuweisen und die Gründe zu erklären, die dazu
19 führen, dass solches benutzt wird. Erst dann werden Neuerungen nicht nur zur
20 Gewohnheit, sondern regen auch eigene, bewusste Gedankengänge an.

Begründung

Weltweit steigt der Papierverbrauch weiter an – und Deutschlandweit sinkt der Verbrauch von umweltfreundlicherem Recyclingpapier. Wir als Grüne Jugend können nicht tatenlos zusehen, wie jährlich tonnenweise oftmals importiertes und im schlimmsten Fall aus schützenswertem Regenwald bestehendes Papier in den öffentlichen Einrichtungen Brandenburgs, wie Schulen, genutzt wird.

Papier aus Sekundärfasern bedeutet nicht nur deutlich geringeren Prozesswasser-, sowie Energiebedarf, geringeres Abfallaufkommen und eine Schonung des weltweiten Waldbestandes, sondern auch kürzere Transportwege, da das Papier komplett in Deutschland und Brandenburg hergestellt werden kann und wird. Das fördert die heimische Wirtschaft und entlastet die bisher ausgebeuteten Länder.

Schule ist prägend. In der Schule verbringen Kinder und Jugendliche fast so viel Zeit wie zu Hause. Neuerungen werden zu Gewohnheiten für das ganze Leben. Aber nicht nur das: In der Schule kommt man ins Gespräch und Lernende beginnen sich mit wichtigen Themen wie Klimaschutz zu beschäftigen.

A-02 Schulsozialarbeit an jeder weiterführenden Schule in Brandenburg

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

- 1 Wir, die Grüne Jugend, fordern an jeder weiterführenden Schule in Brandenburg
- 2 mindestens zwei Stellen für Schulsozialarbeit!

Begründung

Alltagsrassismus, Rechtspopulismus und Mobbing sind leider immer noch und immer wieder Themen in Brandenburger Schulen. Die Schulen sind zudem gefordert geflüchtete Kinder und Jugendliche aufzunehmen und zu integrieren. Das ist eine große Herausforderung.

Es hat sogar an einigen Schulen bereits Übergriffe auf Geflüchtete gegeben.

Die Lehrkräfte können dieses Problem nicht alleine bewältigen. Wir brauchen deshalb an jeder weiterführenden Schule mindestens zwei Stellen für Schulsozialarbeit. Wir wollen an Brandenburger Schulen ein positiveres Lernklima ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Schulsozialarbeit schafft mehr Toleranz bei Lernenden und Lehrenden und einen respektvollen Umgang miteinander.

A-03 Schüler*innen zu Lebensretter*innen machen – Erste-Hilfe-Kurse an Schulen einführen

Antragsteller*in: Jakob Weissinger

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Kenntnisse zur Ersten Hilfe sind elementar, wenn es darum geht, in einer
2 Notsituation zu helfen. Es kommt immer wieder vor, dass diese Kenntnisse Leben
3 retten oder eben Leben hätten retten können. Denn den größten Einfluss auf eine
4 Verbesserung der Überlebensquote haben Ersthelferinnen und Ersthelfer.

5 Laut Statistik muss jede*r vierte in Deutschland damit rechnen, einmal im Leben
6 auf Erste Hilfe angewiesen zu sein. In 80 % der Fälle findet jedoch keine
7 Hilfeleistung statt. Im Vergleich ist in Deutschland die Quote der
8 Wiederbelebung durch Ersthelfer daher enorm niedrig (Skandinavien 40 bis 70
9 Prozent, USA 40 bis 50 Prozent, Deutschland 10 bis 20 Prozent).

10 Dies hängt auch mit der Angst davor zusammen, etwas falsch zu machen und der
11 verletzten Person damit noch mehr Schaden zuzufügen. Diese Angst kann durch eine
12 Erste-Hilfe-Ausbildung genommen werden. Doch ein Erste-Hilfe-Kurs ist nur für
13 den Führerscheinerwerb verpflichtend, was dazu führt, dass zunehmende Teile der
14 Bevölkerung nie einen solchen Kurs besucht haben oder besuchen werden.

15 Gerade die zunehmende Zahl an Jugendlichen, die auf die Nutzung eines PKWs
16 verzichten und sich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad
17 fortbewegen, ist nicht ausreichend geschult, um im Notfall Erste Hilfe leisten
18 zu können. Die Effizienz einer flächendeckenden Erste-Hilfe-Ausbildung an
19 Schulen ist dabei erwiesen: Nachdem Dänemark im Jahr 2005 mit dem Erste-Hilfe-
20 Unterricht an Schulen begann, stieg die Wiederbelebungsrate innerhalb von fünf
21 Jahren von 20 auf 45 Prozent.

22 Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten und verantwortlichen Ersthelfer*innen
23 ausbilden

24 Kindern und Jugendlichen wird oft wenig zugetraut. Doch sie sind lernbereit und
25 überdurchschnittlich hilfsbereit. Meist fehlen jedoch praktische Erfahrungen in
26 Erster Hilfe und unter Jugendlichen herrscht Unkenntnis zum Thema.
27 Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz oder der Arbeiter-Samariter-Bund
28 setzen sich seit langem dafür ein, dass Kenntnisse der Ersten Hilfe früh
29 vermittelt werden. Kinder und Jugendliche können früh, fachgerecht und unter
30 pädagogischer Anleitung lernen, wie sie ihren Mitmenschen, ihren Mitschülerinnen
31 und Mitschülern, ihren Freundinnen und Freunden helfen können.

32 Durch einen Erste-Hilfe Kurs wird das Selbstbewusstsein der Kinder und
33 Jugendlichen gefördert, das Verantwortungsbewusstsein gestärkt und die Angst,
34 etwas falsch zu machen, schwindet.

35 In Schulen auf das Leben und die Lebensrettung vorbereiten.

36 Schulen sollen auf das Leben vorbereiten. Doch im Leben kann es auch vorkommen,
37 dass in einer Notsituation anderen Menschen geholfen werden muss. Als GRÜNE
38 JUGEND BRANDENBURG setzen wir uns dafür ein, dass jede und jeder die notwendigen
39 Kenntnisse hat, als Ersthelfer Leben retten zu können. Es reicht nicht aus, dass
40 an Schulen bis zu 10% der Lehrkräfte eine Ersthelfer*innenausbildung erhalten.
41 Denn weniger in der Schule, sondern gerade auf dem Schulweg werden Kinder und
42 Jugendliche Opfer von (Verkehrs-)Unfällen. Während der Schulausschuss der

43 Kultusministerkonferenz im Jahr 2014 Reanimation als Pflichtthema an Schulen
44 empfohlen hat, findet sich diese Empfehlung im neuen Rahmenlehrplan des Landes
45 Brandenburg jedoch mit keinem Wort wieder.

46 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert, den Rahmenlehrplan in dieser Hinsicht zu
47 überarbeiten. In weiterführenden Schulen in Brandenburg muss in der
48 Sekundarstufe I (7.-10. Klasse) ein Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen von mindestens 8
49 Unterrichtsstunden bzw. einem Tag verpflichtend durchgeführt werden. In der
50 Sekundarstufe II soll dieses Wissen zudem aufgefrischt werden. Um den
51 Unterrichtsausfall gering zu halten, kann diese Schulung beispielsweise auch an
52 einem gesonderten Projekttag geschehen.

53 Auffrischkurse für Erwachsene kostenlos anbieten

54 Es reicht jedoch nicht aus, nur Jugendliche zu Ersthelfer*innen auszubilden.
55 Denn Kenntnisse, die über Jahre nicht angewandt werden, gehen verloren. Die
56 GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert daher, dass Regelungen geschaffen werden, durch
57 welche die Krankenkassen dazu verpflichtet werden, Erste-Hilfe-Kurse selbst
58 anzubieten oder die Kosten hierfür zu übernehmen, wie es einige Kassen bereits
59 tun. Teilnehmer an Erste-Hilfe-Kursen sollen – auch dies wird von einigen Kassen
60 bereits so gehandhabt – durch die Teilnahme bspw. Rabatte zu ihren Beiträgen
61 erhalten. Denn durch gut ausgebildete Ersthelferinnen und Ersthelfer können
62 nicht nur Menschenleben gerettet werden, es reduzieren sich auch die Kosten für
63 die Krankenkassen.

Begründung

mündlich

A-04 Schluss mit den dreieckigen Braunkohlemärchen - Der Lausitz eine Perspektive geben

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

- 1 Die Grüne Jugend Brandenburg fordert alle Pläne zum Ausbau der
- 2 Braunkohletagebaue sofort zu verwerfen und einen schnellstmöglichen Ausstieg.
- 3 Spätestens am 01.01.2020 müssen alle bestehenden Tagebaue und Kraftwerke ihre
- 4 Arbeit einstellen.
- 5 Forschungsprojekte zu CCS müssen sofort eingestellt werden. Die Technologie ist
- 6 nicht zukunftsfähig und mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.
- 7 In der Lausitz muss endlich ein Strukturwandel einsetzen. Die Landesregierung
- 8 muss dabei treibende Kraft sein und Förderinstrumente schaffen, um insbesondere
- 9 jungen Menschen in der Region eine Perspektive zu geben.
- 10 Es darf keine indirekten Subventionen mehr für die Braunkohlebranche geben. Die
- 11 Befreiung von Förderabgabe und Abgaben zur Grundwasserentnahme müssen fallen.
- 12 Die Betreiber der Tagebaue, Vattenfall und/oder sein potentieller Nachfolger,
- 13 müssen langfristig verpflichtet werden, die Kosten für die
- 14 Bergbaufolgelandschaften allein zu tragen. Es darf nicht dazu kommen, dass wie
- 15 in der Vergangenheit die öffentliche Hand durch die Hintertür die Folgekosten
- 16 trägt.
- 17 Klimaschutz muss den Stellenwert bekommen, den er in dem Bundesland mit den
- 18 höchsten pro-Kopf-Emissionen dringend braucht. Erneuerbare Energien müssen ohne
- 19 Wenn und Aber gefördert werden. Bis zum Jahr 2025 soll Brandenburg zu 100 % mit
- 20 Strom aus regenerativen Quellen versorgt werden.
- 21 Die vom Braunkohletagebau geschädigten Ökosysteme brauchen besonderen Schutz.
- 22 Wenn irreparable Schäden aufgetreten sind, müssen die verantwortlichen
- 23 Unternehmen neue Ausgleichsflächen schaffen und dem Naturschutz übergeben.

Begründung

Das verbindlich festgeschriebene 2 Grad-Ziel muss in Taten umgesetzt werden. Wir müssen vor unserer eigenen Haustüre kehren. Kein Energieträger in Deutschland ist klimaschädlicher als Braunkohle. Nichts mit sicherer, heimischer Energie. Braunkohle ist Gift für Mensch und Natur.

Die Braunkohlekraftwerke der Lausitz lassen jedes Jahr, neben den fast 36 Mio. t CO₂, 524 kg hochgiftiges Quecksilber auf uns niederregnen. Das Trinkwasser ist bedenklich und mit dramatisch steigender Tendenz sulfatbelastet. Das merken sogar schon die im fast 200 km entfernten Berlin lebenden Menschen. Das Naturdesaster Braune Spree ist Fakt und vernichtet Ökosysteme für mehrere Jahrzehnte. Selbst wenn jetzt die Förderung eingestellt werden würde, ist nicht absehbar bis wann die Belastung anhalten wird und welche irreparablen Schäden an Flora und Fauna sie zur Folge haben wird.

Zwar ist der Kohleverbrauch seit der Wende deutlich gesunken, aber die jetzige Landesregierung hält immer noch an ihren antiquierten Ansichten einer vermeintlich zukunftsträchtigen Energieversorgung fest.

Dank der „heimischen“ Energie hat Brandenburg mit 23,4 t pro Einwohner die höchsten Prokopfemissionen bundesweit. 64 % der CO₂-Emissionen Brandenburgs gehen auf das Konto der Braunkohle.

Die Bergbaufolgelandschaften die mit Milliardenbeträgen aus der Staatskasse in vermeintliche Erholungsaspen verwandelt wurden, können nicht über die Verwüstung der Kultur- und Naturlandschaft hinwegtäuschen. 18.000 ha sind heute in der Lausitz Sperrgebiet. Immer wieder kommt es zu Rutschungen und Stürzen, die die gesamte Region destabilisieren. Es ist vollkommen unverständlich wie die Landesregierung bei diesem aktuellen Lagebild auch nur darüber nachdenken kann die Braunkohle weiter am Leben zu lassen und zu subventionieren. Absehbar ist, dass auch in Zukunft das Land auf den Ewigkeitskosten der Braunkohleförderung sitzen bleiben wird. Für die Renaturierung der Braunkohletagebauten in Ostdeutschland musste die öffentliche Hand seit den 1990er-Jahren fast 10 Mrd. € aufwenden, 2015 hatte Vattenfall gerade einmal Rückstellungen von 1,1 Mrd. € für seine Tagebauten vorgesehen.

Zwar hatte die ostdeutsche Braunkohle nie das Glück eines Kohlepennings, aber seit Jahrzehnten wird sie nach Kräften subventioniert und mit Gesetzesausnahmen gehätschelt und gepöppelt. Anfangs nur um einen nachhaltigen Strukturwandel in der Lausitz zu unterbinden, seit einiger Zeit mit dem fadenscheinigen Ziel einer heimischen Versorgungssicherheit. Neben indirekten Subventionen, wie z.B. der Befreiung von Wasserentnahmegebühren, trägt die Braunkohle nicht ihre Klimafolgekosten. Nebelkerzen wie die von der Landesregierung seit Jahres propagierte CO₂-Speicherung (CCS – Carbon Capture and Storage), machen die Kohle nicht grüner, aber die Langzeitfolgen noch unabsehbarer.

Braunkohle ist überhaupt nicht Energiewende kompatibel. Die gesamte Infrastruktur ist träge und hat hohe Fixkosten. Mit einer abzusehenden Implementierung eines schlagkräftigeren Emissionshandels wird sie auf kurz oder lang der teuerste Teil im Energiemix werden. Sie wird politisch nur dazu genutzt, um eine vollkommen verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik im Süden Brandenburgs zu kaschieren.

Die Braunkohleanrainer Brandenburg und Sachsen erzeugen momentan weit mehr Energie als sie selbst benötigen. 50 % des in Brandenburg erzeugten Stroms wird nicht hier verbraucht. Braunkohle ist ein Relikt alter, zentraler Energieversorgung. Versorgungssicherheit ist dabei nur ein alter Hut, selbst die Energiestrategie der Landesregierung hält eine Umstellung auf 100 % Erneuerbare für möglich. Die Aufrechterhaltung der Kohleindustrie in der Lausitz dient primär der Erfüllung von Profitinteressen von Vattenfall und seinen potentiellen Nachfolgern. Es ist ein schmutziger Deal um immer weniger Arbeitsplätze zu immer höheren Kosten für alle Menschen.

Die Braunkohle ist kein Jobmotor. Sie ist der einzige Arbeitsplatztropf in einer seit Jahrzehnten vernachlässigten Region. Die Präsenz der Braunkohleindustrie hat dazu geführt, dass der dringend benötigte Strukturwandel und Investitionen in die Regionen Jahrzehnte verschlafen wurde und man sich auf dem vermeintlichen sicheren Dampfer Kohle ausgeruht hat. Waren zu DDR-Zeiten tatsächlich große Teile der Bevölkerung in der Kohle tätig, sank ihre Zahl nach Wende dramatisch. Von fast 80.000 1989 in der Kohle beschäftigten sind heute nur etwas mehr als 8.000 noch da. Schon heute sind mit über 12.000 Menschen mehr in den Erneuerbaren in Brandenburg tätig, Tendenz stark steigend. Auch die Lausitz bekommt ihren Teil vom Kuchen ab, mit der langjährigen energietechnischen Expertise in der Region, haben sich viele Unternehmen dort angesiedelt, bzw. neue, zukunftssträchtige Märkte erschlossen.

Trotz wiederholter Zusicherung ist es bisher keiner Regierung gelungen, ein auch nur ansatzweise zukunftsfähiges und praktikables Konzept für eine neue Lausitz vorzustellen. Immer wieder wurde versichert, dass das Ende der Braunkohle bald kommen würde, dass Horno das letzte Dorf sei welches weggebaggert würde. Und doch haben es die SPD geführten Landesregierungen immer wieder getan, sind immer wieder von der einfallslosen Politik der Vorjahre eingeholt worden, sind immer wieder die Menschen in Brandenburg getäuscht. Der Strukturwandel muss jetzt beginnen!

Auch die sich immer noch an die Industrie klammernden Gemeinden und Kreise werden zunehmend weniger von der Kohlenbranche haben. Neben der Halbierung der Arbeitsplätze in der Branche bis 2030, werden sich die Steuereinnahme sogar laut Landesregierung von 40 auf 25 Mio. € fast halbieren.

Seit Beginn der großindustriellen Kohleförderung in der Lausitz haben fast 80.000 Menschen ihr zu Hause verloren und wurden zwangsumgesiedelt, ein großer Teil davon Menschen der ohnehin schon gebeutelten Minderheit der Sorb*innen. 136 Orte haben sich in schwarze Löcher in der Landschaft verwandelt.

Der Grünen Jugend Brandenburg ist es komplett egal wer die Tagebauten betreibt. Hauptsache die Kohle bleibt im Boden, die Kraftwerke werden vom Netz genommen und die Industrie trägt die Folgekosten selber. Enttäuscht sind wir über die Inkonsequenz von Vattenfall sich zwar vom dreckigen Kohlegeschäft auf dem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung zu trennen, aber sich selber nicht um die Altlasten zu kümmern die sie hinterlassen. Im bisherigen Bieterprozess scheinen Nachhaltigkeitskriterien und ein Fahrplan aus der Kohle auch keinerlei Rolle für Vattenfall zu spielen.

Würde jetzt schon mit offenen Karten gespielt werden und die Landesregierung klarmachen, dass die Betreiberin der Kohleinfrastruktur verpflichtet wäre alle Folgekosten zu tragen, könnte die Branche wohl sofort abgewickelt werden. Aber die Landesregierung spielt sich immer noch als Stütze der dreckigen Energiebranche auf, auf Kosten aller Menschen in Brandenburg.

Brandenburg muss es schaffen den Energieverbrauch nachhaltig zu reduzieren. Jetzt in effiziente Maßnahmen zu investieren bedeutet höhere Energiepreise in Zukunft zu umgehen und Klima und Mensch vor den realen Gefahren fossiler Energieträger zu schützen.

A-05 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus entgegentreten!

Antragsteller*in: Jakob Weissinger

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Als GRÜNE JUGEND BRANDENBURG setzen wir uns für die freundliche Aufnahme von
2 Flüchtlingen und den toleranten und respektvollen Umgang aller Menschen
3 miteinander ein. Wir bekennen uns zu einer weltoffenen Gesellschaft, in der
4 Menschenfeindlichkeit keinen Platz hat. Alle Menschen sollen unabhängig von
5 Herkunft, Glauben, sexueller Identität oder Geschlecht in Brandenburg und
6 Deutschland ein Zuhause finden können, ohne sich vor Diskriminierung und
7 Verfolgung fürchten zu müssen. Dies zu garantieren, ist Aufgabe unseres
8 demokratischen Rechtsstaats.

9 Leider entwickeln sich immer wieder diskriminierende Denkstrukturen in unserer
10 Gesellschaft. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und die Menschen, die diese
11 verbreiten sind zum einen überzeugte Rassist*innen oder
12 Verschwörungstheoretiker*innen, zum anderen aber auch Menschen, die mit ihren
13 Ängsten in einer immer komplexer werdenden Welt empfänglich für Vorurteile und
14 einfache Antworten sind. Gerade letztere werden gezielt von Rechtspopulist*innen
15 angesprochen. Mit diesen Menschen müssen wir ins Gespräch kommen und mit Hilfe
16 von Fakten und Expert*innen einen Gegenpol zu populistischen Behauptungen und
17 Unterstellungen bilden.

18 Menschenfeindlichkeit darf nicht gesellschaftsfähig werden

19 Mit der Zunahme an rechtspopulistischen Protesten in Deutschland und Brandenburg
20 gewinnen auch rechtspopulistische Parteien an Zulauf. Die GRÜNE JUGEND
21 BRANDENBURG stellt sich allen Formen der Diskriminierung auf inhaltlicher Ebene
22 und auf der Straße entschieden entgegen. Wir solidarisieren uns mit allen
23 gewaltfreien Protesten gegen die politischen Botschaften von
24 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen. Denn auf Demonstrationen wie
25 beispielsweise von Pogida bekommen auch mehrfach vorbestrafte Rechtsradikale
26 eine Plattform und können mit ihrem menschenverachtenden Weltbild die Verrohung
27 der Gesellschaft vorantreiben. Dies ist besonders gefährlich, da auch die
28 Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Mitgliedern von Minderheiten sinkt.

29 Rechtspopulist*innen von AfD oder Pegida spielen mittlerweile bewusst mit
30 nationalsozialistischen Ausdrücken wie der „tausendjährigen Zukunft
31 Deutschlands“ und befeuern die Abneigung gegen die „Lügenpresse“ oder die
32 „etablierte Politik“. Diese Positionen sind so längst nicht mehr nur Domäne der
33 NPD. Auch wenn nicht alle ihrer Anhänger rechtsextrem sind, so vertreten doch
34 Pegida oder die AfD hinter bürgerlicher Fassade Positionen, die ebenso wie die
35 Aussagen ihrer führenden Persönlichkeiten klar rechtsextrem einzuordnen sind.
36 Deshalb muss auch die Schnittmenge von AfD, Pegida, NPD & Co. klar benannt
37 werden und der Schleier der Bürgerlichkeit vom menschenfeindlichen Programm
38 dieser Organisationen gezogen werden. Doch Menschen, die Pegida oder die AfD
39 unterstützen, pauschal als rechtsextrem oder „dumm“ zu bezeichnen, ist falsch
40 und kontraproduktiv. Denn wer sich gegen die pauschalen Beschuldigungen von
41 rechts gegenüber Flüchtlingen, Migrant*innen oder dem Islam stellt, kann nicht
42 anderen Menschen pauschal die Intelligenz absprechen. Viele werden durch eine
43 solche Ausgrenzung nur noch tiefer in die Fänge rassistischer und
44 menschenfeindlicher Argumentation gezogen.

45 Insbesondere die Parteien stehen hier in der Pflicht, nicht auf den Zug der
46 Pauschalisierungen und Vorurteile von AfD, Pegida, NPD & Co. Aufzuspringen.
47 Diesen Gruppen ist es gelungen, den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach
48 rechts zu verschieben, ohne wirkliche Lösungen zu präsentieren. Dem müssen sich
49 alle demokratischen Parteien entgegen stellen, wie sie es an vielen Orten mit
50 Argumenten, Ausdauer und Geduld tun. Sich inhaltlich auf Rechtspopulist*innen
51 zuzubewegen, um deren Anhänger zu gewinnen, kann im Gegensatz dazu jedoch keine
52 Lösung sein.

53 Flüchtlingspolitik besser kommunizieren, Bürgerbeteiligung ausbauen

54 Viele flüchtlingspolitische Maßnahmen, insbesondere die Auswahl oder der Bau von
55 Flüchtlingsunterkünften, stoßen in der Bevölkerung auch deshalb auf Ablehnung,
56 weil sich die Bürgerinnen und Bürger überrumpelt fühlen. Dies liegt oft auch an
57 der mangelhaften Informationspolitik von offizieller Seite. Um Vorurteilen und
58 Diskriminierung entgegenzuwirken, fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG ein
59 frühzeitiges Ankündigen und Vorbereiten der Bürger*innen in Bezug auf den Bau
60 eines Flüchtlingsheims oder des Zuzugs von Flüchtlingen. Die Bevölkerung soll
61 möglichst umfassend informiert werden, um Sorgen und Ängste schon vor Ankunft
62 der neuen Nachbarn auszuräumen.

63 Doch nicht immer können Maßnahmen langfristig angekündigt werden. Wir regen
64 daher regelmäßige Diskussionsveranstaltungen oder Bürgerforen in Kommunen,
65 beispielsweise an Gemeinderatssitzungen anschließend, an. Auf diesen kann
66 unabhängig vom konkreten Fall über Flüchtlingspolitik oder auch andere Themen
67 offen diskutiert werden. Solche Projekte können nicht nur in der aktuellen
68 Flüchtlingsthematik die Diskussion versachlichen, auch ganz grundsätzlich
69 ermöglichen sie Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligung. So können sie auch
70 dazu beitragen, die Verdrossenheit mit „der Politik“ zu mindern.

71 Vorzeigeprojekte wie der Bürgerdialog Eschborn zeigen, wie erfolgreich die
72 kontinuierliche Kommunikationsmöglichkeit abseits von Briefen und E-Mails
73 zwischen Bürger*innen und ihren Vertreter*innen sein kann. Ungeachtet dessen
74 können Bürgerforen keine Entscheidungsgremien, sondern nur Plattformen des
75 Meinungsaustausches sein – denn Entscheidungen müssen immer noch von
76 demokratisch gewählten Vertreter*innen getroffen werden.

77 Flüchtlingsinitiativen unterstützen, Bürger*innen aufklären

78 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG setzt sich dafür ein, dass auch an Schulen
79 Diskussions- und Aufklärungsveranstaltungen oder Workshops zum Thema Migration
80 und Integration durchgeführt werden. Denn junge Menschen stellen Fragen, die in
81 der Schule beantwortet werden müssen – sonst haben rechtspopulistische
82 Fliegenfänger*innen leichtes Spiel. Schüler*innen sollen in Form dieser
83 Veranstaltungen erfahren, mit welchen Beweggründen Flüchtlinge zu uns kommen und
84 welche Probleme sie hier haben. Auch die offenen Fragen der Schüler*innen sollen
85 behandelt und ihre Meinungen ernst genommen werden. Dafür sind offene Formate
86 und der Raum zur Diskussion vonnöten. Um dies zu ermöglichen, fordern wir die
87 bessere organisatorische und finanzielle Unterstützung von
88 Flüchtlingsinitiativen. Diese Initiativen leisten nicht nur vor Ort wertvolle
89 Integrations- und Kommunikationsarbeit, sondern können auch Schulen ein
90 wertvoller Partner bei Fragen sein, auf die es meist keine einfache Antwort
91 gibt.

92 Insbesondere den Landeszentralen für politische Bildung kommt zudem die Rolle
93 zu, pädagogische Angebote zu schaffen, die auch im Netz und in den
94 Kommentarspalten wirken. Denn rassistische Kommentare im Netz sind ein Phänomen,
95 welchem die Politik noch weitgehend hilflos gegenübersteht. Soziale Netzwerke
96 dienen zur Verbreitung menschenverachtende Propaganda - umso wichtiger ist es,
97 junge Menschen für das Thema zu sensibilisieren, sie aufzuklären und ihnen
98 Argumente an die Hand zu geben, um sie für die Auseinandersetzung mit der
99 rechtsextremen Hetze zu wappnen.

100 Rechte Straftaten konsequent verfolgen

101 Sowohl online als auch auf der Straße sind rechtsextreme Äußerungen und
102 Straftaten enorm angestiegen. Das Bundesinnenministerium listet für das Jahr
103 2015 nach vorläufigen Zahlen knapp 14.000 rechtsextrem motivierte Straftaten
104 auf, über 900 davon Gewalttaten. In Brandenburg hat sich die Zahl der Angriffe
105 auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte im Vergleich zu 2014 vervierfacht.
106 Doch diese Zahlen dürften in Wahrheit noch höher liegen: So ist selbst bei
107 Anschlägen auf Flüchtlingswohnungen oder Initiativen sowie Angriffen auf fremd
108 aussehende Menschen auf offener Straße für die Polizei oft „kein
109 fremdenfeindlicher Hintergrund erkennbar“. In den meisten Fällen werden zudem
110 nicht einmal Verdächtige identifiziert, die Aufklärungsquote insbesondere bei
111 Anschlägen auf Flüchtlingsheime liegt im niedrigen einstelligen Bereich. Während
112 die Politik über verschärfte Maßnahmen gegen straffällige Asylbewerber*innen
113 diskutiert, wird über das eigentliche Problem, nämlich straffällige
114 Rechtsextreme, geschwiegen. Daran muss sich dringend etwas ändern!

115 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert daher den Schutz von
116 Flüchtlingsunterkünften nicht erst ab Bezug derselben, sondern ab dem Zeitpunkt,
117 an welchem eine Einrichtung als zukünftige Unterkunft identifiziert worden ist.
118 Nur so können Brandstiftungen im Vorfeld verhindert werden. Zudem fordern wir
119 von der Polizei Brandenburg, eine eigene Sonderkommission für rechtsextreme
120 Straftaten einzurichten und rechte Straftäter konsequent zu verfolgen, anstatt
121 rechtsextreme Polizisten in den eigenen Reihen zu dulden.

122 Gegen Rechts jetzt und hier, immer und überall!

123 Vor dem Hintergrund zunehmender rechter Straftaten sowie eines verstärkten
124 öffentlichen Auftretens rechtspopulistischer Gruppierungen, parteipolitisch
125 organisiert oder nicht, beziehen wir als GRÜNE JUGEND BRANDENBURG klar Stellung
126 gegen fremdenfeindliche Gewalt und diskriminierende Forderungen, die sich gegen
127 unsere demokratische Grundordnung, gegen Menschen mit Migrationshintergrund und
128 Asylsuchende sowie gegen Grundrechte, unter anderem das in Artikel 16a des
129 deutschen Grundgesetzes sowie der Genfer Flüchtlingskonvention garantierte Recht
130 auf Asyl, richten. Wir werden uns weiterhin in Diskussionen und auf der Straße
131 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen entgegenstellen und
132 solidarisieren uns mit allen Gruppierungen, die dies ebenso tun.

133 Refugees Welcome!

A-06neu Flächendeckendes Nachtliniennetz für Brandenburgs ÖPNV

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

- 1 Die Grüne Jugend Brandenburg fordert den Aufbau eines flächendeckenden
- 2 Nachtnetzes im Öffentlichen Nahverkehr in den Wochenendnächten in Brandenburg.
- 3 Insbesondere die Regionalexpresslinien müssen durchgehend im 2-Stundentakt
- 4 verkehren. Regionalbahnen und äußerst nachfrageschwache Enden im radialen
- 5 Regionalexpressverkehr sollen mit Bussen bedient werden. Bei mangelnder
- 6 Auslastung muss die Möglichkeit der Nutzung eines Anrufsammeltaxis bestehen.

Begründung

Der Spätzug-Pilotversuch auf dem RE2 im Sommer 2015 zwischen Berlin und Wittenberge war ein voller Erfolg. Im Sommer 2016 können die Menschen in der Region dieses Angebot auch regulär weiternutzen. Mit zunehmender Bekanntheit wird die Auslastung noch weiter steigen.

Brandenburg ist in vielen Teilen zutiefst ländlich. Für viele macht dies den besonderen Reiz aus. Trotzdem wollen viele Menschen ein breites Freizeitangebot insbesondere im Kulturbereich genießen. Es muss daher allen Menschen im Land möglich sein, uneingeschränkt über ihren kleinräumlichen Horizont hinaus aktiv zu sein. Gerade junge Menschen ohne eigenes Auto werden zunehmend abgehängt.

Die Nahverkehrsinfrastruktur insbesondere nach Berlin ist in vielen Teilen des Landes bereits sehr gut. Viele Menschen pendeln täglich weite Strecken im Umweltverbund und haben so Perspektiven in peripheren Landesteilen. Nur in den Randstunden bleibt diese nachhaltige Mobilität den Menschen verbaut. Die mangelnde spätabendliche, bzw. nächtliche Anbindung der ländlichen Regionen an die größeren Zentren (insb. Berlin) macht das Leben für viele Menschen deutlich weniger attraktiv. Abendveranstaltungen wie Konzert, Theater oder Club sind für Menschen ohne Auto nicht oder nur sehr umständlich erreichbar. Auch für Menschen mit Auto sind sie mit immer höheren Kosten, Alkoholabstinenz und häufig übermüdetem Fahren verbunden und unattraktiv.

Auf den meisten Linien des Landes bestehen nur Nachtlücken von 6 h. 2 Abende in der Woche mit 3 zusätzlichen Fahrten können den Kostenrahmen nicht sprengen und bringen der Attraktivität insbesondere für junge Menschen ungeahnte Potentiale.

A-07 Wider einer Leitkultur. Nationalismus bekämpfen

Antragsteller*in: Max Niehues und Martin Wandrey

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Der Ton in Deutschland wird rauer. Während sich die AfD 2014 in Brandenburg noch
2 zurückhielt, fordert der Nachbar Sachsen-Anhalt zur kommenden Wahl nun diverse
3 Maßnahmen in Bildung und Kulturförderung, die der Heraufbeschwörung eines
4 deutschen Volkstums dienen sollen. Besonders bedrohlich wirkt der Umstand, dass
5 die AfD sich anders als die NPD in deutschen Parlamenten als salonfähige Partei
6 zu etablieren scheint. Neben der Verharmlosung des nationalsozialistischen
7 Terrors als 12 Unglücksjahre, ein klassisches Motiv des rechtsintellektuellen
8 Milieus, finden sich gleichzeitig einige Forderungen, die zwischen 1933 und 1945
9 wohl großen Anklang gefunden hätten. Einige Highlights wurden kürzlich von
10 Campact zusammengestellt und sorgten für Aufsehen. So wird gefordert an Schulen
11 eine Identifikation mit "Jahrhunderte[n], in denen eine einzigartige Substanz an
12 Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde." (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt,
13 S.1)) zu vermitteln. Bernd Höcke, Geschichtslehrer und einer der AfD-
14 Aushängeschilder, spricht in diesem Zusammenhang auch von "3.000 Jahre Europa.
15 1.000 Jahre Deutschland". Eine Rhetorik, die der von völkisch-konservativen
16 Nationalisten in der Weimarer Republik ähnelt, diese wurde später wohlwollend
17 vom Naziregime übernommen und bis zur Konstruktion des sogenannten Volkskörpers
18 weitergedacht, das Volk als ein Organismus, in dem jede*r seinen biologisch
19 vorbestimmten Platz hat und dessen Reinheit von anderen Volksstämmen anzustreben
20 ist. Im Wahlprogramm von Sachsen-Anhalt ist außerdem zu finden: "Neben
21 grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen
22 Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin,
23 Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um
24 solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des
25 Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist." (Wahlprogramm Sachsen-
26 Anhalt, S.14). Ein wichtiges Symbol jeder völkischen Bewegung ist die
27 Landesflagge, dementsprechend fordern führende AfD-Politer*innen, wie Bernd
28 Höcke, hohe Gefängnisstrafen für die vermeintliche Schändung der Flagge und für
29 die "Beleidigung des deutschen Volkstums".

30 Weitere entlarvende Ähnlichkeiten zu den Jungkonservativen der Weimarer Republik
31 sind die Ablehnung von individuelle Freiheiten, der Vielfalt von Lebensstilen,
32 oder gar "kulturfremder" Zuwanderung als Bedrohung und Ausdruck vom Verfall des
33 deutschen Volkes. Analog dazu lehnt die AfD queere Lebensstile ab: "Schulbücher,
34 welche die Familie relativieren und zugleich gesellschaftlich kaum relevante
35 Konstellationen (LSBTTIQ) überhöhen, sollen für den Gebrauch an öffentlichen
36 Schulen nicht zugelassen werden." (Wahlprogramm AfD BaWü 2016, S. 30). Im
37 Oktober 2015 stellte die AfD-Abgeordnete Corinna Herold im Thüringer Landtag
38 eine Anfrage zur Durchführung einer statistische Erhebung, die auflisten soll,
39 wie viele Homo-, Bi- und Transsexuelle in Thüringen leben. Mit der
40 schockierenden Anfrage zur Quantifizierung der sexuellen Orientierung von
41 Menschen in Thürigen macht die AfD klar, dass sie queere Menschen für eine
42 unnormale Minderheit im von ihr beschworenen "deutschen Volk" hält. Ihrem
43 antiquierten Frauenbild folgend will die AfD Meilensteine der Gleichstellung
44 wieder rückgängig machen." Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragte und
45 staatliche Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab."
46 (Wahlprogramm BaWü,S.6). Leitbild der AfD ist die "normale, deutsche" Familie

47 mit 3 Kindern, die verstärkt zuhause erzogen werden. Schockierend sind die
48 Ansichten der AfD Führungspersönlichkeiten zu elementaren
49 Selbstbestimmungsrechten von Frauen: “[wie die] Die deutsche Politik eine
50 Eigenverantwortung hat, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation
51 sicherzustellen”, (Frauke Petry im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung).
52 Das Überleben des "deutschen Volkes" und der ausgeprägte Mutterkult waren im
53 Nationalsozialismus zentrale Motive der Propaganda-Maschine.

54 Die Forderung der AfD: “Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen
55 positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern. Die Bühnen des Landes Sachsen-
56 Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch
57 klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur
58 Identifikation mit unserem Land anregen.” (Wahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt).
59 Eine Forderung, die heute klar im Konflikt mit der durch das Grundgesetz
60 gewährleisteten Unabhängigkeit von Kunst und Kultur steht. Vor nur 26 Jahren
61 aber noch bittere Realität in der SED-Diktatur war und zu NS-Zeiten in der
62 vollständigen kulturellen Gleichschaltung ihren Ausdruck fand.

63 Die Geschichte zeigt, dass Nationalismus und völkisches Gedankengut der
64 Nährboden für Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und Militarismus sind,
65 deshalb gilt es diese vehement zu dekonstruieren. Unsere Gesellschaft trägt eine
66 Verantwortung dafür demokratische Grundwerte und Humanismus in den Köpfen aller
67 Menschen zu verankern und für kommende Generationen zu bewahren.

68 Wir fordern:

- 69 • ein klares Bekenntnis des Bundeslandes Brandenburg gegen eine deutsche
70 Leitkultur.
- 71 • die brandenburgische Landesregierung auf den verantwortungsvollen Umgang
72 von Schüler*innen mit unserer Geschichte als zentrales Ziel in den
73 Lehrplänen festzulegen, sowie Schüler*innen einen kritischen Blick auf die
74 pseudowissenschaftliche Konstruktion von Nation und Rasse zu schärfen. Ein
75 Grundsatz des Lehrplans sollte sein Brandenburgs Schüler*innen darauf
76 vorzubereiten aus der Geschichte ihre Verantwortung für ein friedliches
77 Zusammenleben aller Menschen unserer Gesellschaft abzuleiten.
- 78 • die brandenburgische Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die
79 Streichung des Paragraph für Staatsverunglimpfung (§90a desStGB)
80 einzusetzen. Kritik an essentiellen Versagen des Staates darf nicht
81 kriminalisiert werden. Nationalismus darf keine Grundlage für Paragraphen
82 bilden.
- 83 • ,dass in Brandenburg lebende Menschen, unabhängig von ihrem Pass, nach
84 einem Jahr aktiv und passiv an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen
85 dürfen.

86 Unsere Gesellschaft war nie homogen, sie ist bunt und vielfältig. Eine deutsche
87 Leitkultur lehnen wir strikt ab. Neben Verwaltungsaufgaben ist der Zweck des
88 deutschen Staatsapparates einzig die Verteidigung der Demokratie und der
89 Universellen Menschenrechte.

R-1 Solidarität mit dem Braunkohleprotest – Ende Gelände unterstützen!

Antragsteller*in: Max Niehues u. Martin Wandrey

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Die Grüne Jugend Brandenburg erklärt ihre Unterstützung für das Bündnis Ende
2 Gelände, welches mittels zivilem Ungehorsam den seit Jahren überfälligen
3 Braunkohleausstieg in Brandenburg erzwingen will. Fossile Brennstoffe sind der
4 Hauptantrieb des Klimawandels, ungerechterweise leiden zahlreiche Menschen in
5 Deutschland und außerhalb Deutschlands unter dieser Form der Energiegewinnung.
6 Die Grüne Jugend Brandenburg fordert den kompromisslosen Ausstieg aus der
7 Braunkohle bis zum Jahr 2020.

8 Im Rahmen unserer Unterstützung für Ende Gelände ist uns das Bekenntnis des
9 Bündnisses zur absoluten Gewaltfreiheit im Rahmen der Aktionen besonders
10 wichtig. Die anderen Protestformen gegen den Braunkohleabbau, wie das
11 Lausitzcamp, legale Demos und andere aktive Bündnisse werden durch uns
12 selbstverständlich auch weiterhin unterstützt.

Begründung

Die SPD-geführten Landesregierungen haben schon mehrfach ein Ende der Braunkohle in Brandenburg zugesichert. Ein Ende ist aber im aktuellen Regierungshandeln nicht absehbar. Immer wieder wurde der verfehlte Strukturwandel in der Region durch eine Verlängerung des Braunkohleabbaus kaschiert. Dies ist ein realitätsferner Automatismus, der immer wieder durch pseudowissenschaftliche Argumentationsmuster der Landesregierung begründet wird. Seit einiger Zeit mit der angeblich nur durch Braunkohle zu gewährleisteten Versorgungssicherheit und der Perspektivlosigkeit der Region ohne die Braunkohleförderung. Fakt ist, dass eine zeitnahe Abkehr von der Braunkohle möglich ist. Braunkohle ist keine Brückentechnologie. Zur Deckung von Nachfragespitzen brauchen wir eine flexible und emissionsarme Energieversorgungsinfrastruktur, wie kommunale Kraft-Wärme-gekoppelte Gaskraftwerke.

18.000 jährliche Tote in der EU, 64 % der brandenburgischen Co2 Emissionen, braune Spree, 524 kg Quecksilber und 18.000 ha Sperrgebiet in der Lausitz gehen auf das Konto der Braunkohle. Wir könnten den Energieträger Braunkohle längst ohne Einschränkung unserer Lebensqualität im Boden lassen. Wir tun dies jedoch nicht, ungeachtet der unabsehbaren Folgen der Braunkohle für den weltweiten Klimawandel, und den Menschen die durch diese Energieform erkranken, sterben und ihre Heimat verlieren. Wir schränken bewusst und ohne Not die Würde vieler Menschen ein. Es ist Gefahr im Verzug, eine Intervention ist dringend nötig. Ende Gelände koordiniert diese gegen die mit staatlichen Subventionen am Leben gehaltenen Kohlegruben in Form von zivilem Ungehorsam. Diese Form umweltpolitischen Aktivismus hat eine lange Tradition und stellt eine der Wurzeln unserer politischen Bewegung dar. Trotz spürbarer und alarmierender Folgen des globalen Klimawandels schiebt die brandenburgische Landesregierung den endgültigen Kohleausstieg immer weiter vor sich her. Hornöfeln sind nicht wie angekündigt das letzte Dorf, sondern der Beginn einer neuen Welle der fossilen Expansion im wiedervereinten Deutschland. Aufgrund dieser seit Jahren verfehlten Politik, trotz umfassenderer Mobilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft, fühlt sich die Grüne Jugend Brandenburg genötigt, die von Ende Gelände propagierten Protestformen zu unterstützen und dem Aufruf des Bündnisses zum zivilen Ungehorsam zu folgen.

T-01 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.03.2016
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

- 1 Vorschlag zur Tagesordnung
- 2 Antragsteller*innen: Landesvorstand
- 3 Samstag, 12.03.2016
- 4 Beginn 10:00 Uhr
- 5 1. Begrüßung/ Vorstellungsrunde mit Grußwort (10:00-10:45 Uhr)
- 6 2. Formalia (10:45-10:50 Uhr)
- 7 3. Anträge (10:50-13:00 Uhr)
- 8 1. inhaltliche
- 9 2. Satzungsänderungsanträge
- 10 Mittagessen 13:00-14:00Uhr
- 11 4. Wahlen
- 12 1. Nachwahl Sprecher*in Landesvorstand Grüne Jugend Brandenburg
- 13 2. Nachwahl Beisitzer*innen Landesvorstand Grüne Jugend Brandenburg
- 14 3. Nachwahl 2 Delegierte und min. 2 Ersatzdelegierte zur
- 15 Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
- 16 4. Nachwahl 1 Delegierte und min. 1 Ersatzdelegierte*r zum Landesparteirat
- 17 von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg
- 18 5. Klimapolitik Teil 1: (14:30-16:00)
- 19 Landwirtschaft u. Klimaschutz, bewusster Konsum, Verkehr
- 20 Kaffeepause (16:00-16:30 Uhr)
- 21 6. Klimapolitik Teil 2: (16:30-18:00)
- 22 nationale und internationale Klimapolitik
- 23 Abendbrot (18:00-19:00 Uhr)
- 24 19:30 Uhr: Filmabend + Ende Gelände-Vorstellung
- 25 Sonntag, 13.03.2016
- 26 Frühstück (09:00-10:00 Uhr)
- 27 7. Anträge (Fremdenfeindlichkeit) (10:00-10:45 Uhr)
- 28 8. Begrüßung anderer parteinaher Jugendorganisationen (10:45-11:00 Uhr)
- 29 9. Input-Seminar Rassismus in Brandenburg, mit Referent*in (11:00-12:00 Uhr)

- 30 Mittagessen (12:00-12.45 Uhr)
- 31 10. Vernetzungstreffen mit anderen jungpolitischen Organisationen und Planung
- 32 gemeinsamer Aktionen (13:00-14.30 Uhr)
- 33 14:30 Uhr Ende, Abreise
- 34 wer möchte: ab 18:00 Uhr Besuch Wahlparty Bundesgeschäftsstelle Grüne